

# Defizitaffäre schadet Griechenland schwer...

Von  
Michalis Mastronikolas

Ende September machte eine Meldung über Griechenland europaweit Schlagzeilen. Das Land soll der europäischen Statistikbehörde Eurostat seit 2000 falsche Zahlen bezüglich der Neuverschuldung geliefert haben.

Die tatsächliche Neuverschuldung Griechenlands soll nach neuen Berechnungen für 2000 4,1%, für 2001 und 2002 3,7% und für 2003 4,5% betragen haben. Auch wenn die Behörde ihre Untersuchungen noch nicht ganz abgeschlossen hat, scheint sich zu bewahrheiten, dass sie von den griechischen Stellen mit frisierten Zahlen versorgt wurde.

Die Differenzen zwischen tatsächlichen und angegebenen Verschuldungsquoten sind viel zu hoch, als dass man von geringfügigen Abweichungen sprechen könnte.

Traut man den neuen Zahlen zeichnet sich ein bedrückendes Bild der Neuverschuldung seit 2000 ab. Um bis zu 2 Prozentpunkte pro Jahr (!) lag die tatsächliche Neuverschuldung über der an Eurostat gemeldeten. Die Mär von der "neuen" fiskalischen Disziplin in Griechenland ist somit ad absurdum geführt. Das Image des Landes wurde dadurch schwer beschädigt.

Der in der Vergangenheit so oft gepriesene Musterschüler in Sachen Neuverschuldung und Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union muss sich vorwerfen lassen, bewusst geschummelt zu haben.

Nach Bekanntgabe dieser Meldung machte sich in ganz Europa Empörung breit. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber machte seinem Ärger Luft und forderte sogar, die Zahlung aus dem Kohäsionsfonds für Griechenland einzustellen, geleistete Hilfen in Milliardenhöhe zurückzufordern und unverzüglich ein Defizitverfahren einzuleiten – letzteres ist schließlich auch geschehen. Die übrigen Forderungen mögen auf den ersten Blick ein bisschen übertrieben erscheinen,



sie zeigen jedoch wie groß der Unmut über Griechenland ist.

Als ob das nicht genug wäre, werden jetzt auch noch Zweifel an den Zahlen für 1998 und 1999 laut, den Jahren also, die als Referenz für die Qualifizierung des Landes für den Beitritt zur Währungsunion maßgeblich waren. Hat Griechenland zu Unrecht an der Währungsunion teilgenommen? Zumindest die EZB-Führung sieht zur Zeit keinerlei Anlass an den Zahlen der Jahre 1998 und 1999 zu zweifeln. Alles andere wäre ein fatales Signal für den Euro!

Ziemlich unbeeindruckt von den neuesten Zahlen zeigte sich hingegen die international renommierte Ratingagentur Moody's. Die Agentur will ihr relativ hohes Rating A1 für die Kreditwürdigkeit Griechenlands nicht zurücknehmen. Eine Sprecherin von Moody's wies darauf hin, dass Griechenland in der Vergangenheit des öfteren Berichtigungen in der Ausweisung volkswirtschaftlicher Zahlen vornehmen musste. Deshalb sei man nicht im geringsten überrascht gewesen, und habe das ins Rating miteinbezogen. An der Kreditwürdigkeit des Landes ändere sich nach Bekanntgabe der neuen Zahlen rein gar nichts.

Auch der Euro zeigte sich unbeeindruckt. Das liegt sicherlich daran, dass Griechenlands Anteil an der europäischen Wirtschaftskraft nicht einmal 1% ausmacht. Unzweifelhaft wurde jedoch das Vertrauen in den Euro untergraben. Was, wenn in der Vergangenheit auch andere Euroländer falsche Zahlen an Eurostat übermittelten? Werden die Konvergenzkriterien dann überhaupt noch ernstgenommen? Schon wird gemunkelt, dass auch Italien seit Jahren falsche Zahlen an Brüssel meldet. Natürlich kann man über den Sinn und Unsinn des sehr eng gefassten Kriteriums der Neuverschuldung diskutieren. Aber solange die Regeln gelten, sollten sich alle daran halten. Sonst besteht die Gefahr, dass die Stabilität des Euro langsam aber sicher ausgehöhlt wird.

Angesprochen auf die falschen Zahlen wie-

sen Nikos Christodoulakis und Yannis Papantoniou, die ehemaligen Wirtschafts- und Finanzminister der Vorgängerregierung, mit Empörung jeden Vorwurf zurück, Zahlen absichtlich gefälscht zu haben. Sie hätten in gutem Glauben gehandelt, so Papantoniou in einem Interview für die Süddeutsche Zeitung. Er verwies dabei auf Absprachen mit Eurostat wonach vereinbart wurde, Ausgaben für militärische Einkäufe erst dann ausgabenwirksam auszuweisen, wenn die Lieferungen des militärischen Geräts erfolgt. Über genau diese Buchungsmodalitäten und über einen zu hoch veranschlagten Überschuss der Sozialkassen in der Budgetausweisung wird jetzt gestritten. Beide ehemalige Minister verwiesen auf das gute Arbeitsklima zwischen der Regierung und Eurostat. Sie veröffentlichten ein Dokument, indem die europäische Behörde die Zusammenarbeit mit der damaligen griechischen Regierung ausdrücklich lobt. Die beiden versicherten zudem, dass die Methodik zur Buchung der Militärausgaben zu jedem Zeitpunkt mit Eurostat abgesprochen gewesen sei.

Eine endgültige Klärung des Sachverhaltes steht noch aus. Wir werden auf den Abschlussbericht von Eurostat warten müssen. Aber schon jetzt ist eines sicher. Die gute wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter der Regierung Simitis hat einen tiefen Kratzer bekommen, welchen die aktuelle Regierung nun ausbessern muss. Der griechische Ministerpräsident Karamanlis bezeichnete die Lieferung von falschen Zahlen zurecht als inakzeptabel, und kündigte vollmundig das Ende der "Schattenbilanzen" an. Nun liegt es an seiner Regierung die Neuverschuldungsquote für das kommende Jahr auf 2,8% des Bruttoinlandsproduktes zu drücken. Dies wird ihm sicherlich schwer fallen. Die Gesamtverschuldung des Landes wird dieses Jahr aufgrund der Ausgaben für die Olympischen Spiele ein neues Rekordmaß erreichen. Andererseits führt an einer Konsolidierung der Staatsfinanzen und an der Senkung der Neuverschuldungsquote kein Weg vorbei. Nicht wenn Griechenland seine Glaubwürdigkeit wiedererlangen will.